Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 4.00 Mark, vierteljährlich 12.00 Mk., durch die Post 12.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Gr. Brauhausstr. 17. Filialen-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604

Nr. 121. | Halle, Freitag, den 12. März 1920. | Einzelpreis 10 Pfg.

Abermalige Erhöhung der Kohlenpreise

Hannover, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der „Hannoversche Kurier" meldet, steht eine abermalige beträchtliche Erhöhung der Kohlenpreise für das ganze Reich als unmittelbare Folge der Zuschüsse an die Bergarbeiter noch für diesen Monat bevor. In der Reichskohlenstelle rechnet man mit einer Erhöhung von 50 Prozent.

Erzbergers Kampf gegen die öffentliche Meinung.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die hartnäckige Weigerung Erzbergers, seine parlamentarischen und seine ministeriellen Mandate niederzulegen, in der morgigen Sitzung der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung in erster Linie zur Sprache kommen wird. Es steht bis jetzt fest, daß die Zentrumsfraktion Erzberger unter Druck setzen wird. Sollte Erzberger, wie erwartet wird, auch diesem Druck nicht weichen wollen, so wird sich am Montag oder Dienstag der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheitsparteien mit dieser Angelegenheit befassen und darüber in Verhandlungen mit der Reichsregierung eintreten. In sein Ministeramt wird Erzberger nicht mehr zurückkehren.

Sachsen gegen den Entwurf des neuen Reichstagswahlgesetzes.

Dresden, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Bei im Aeltestenausschuß der sächsischen Volkskammer mitgeteilt wurde, ist die Reichsregierung von dem dieser Tage erst veröffentlichten Entwurf eines neuen Reichstagswahlgesetzes in einzelnen Punkten wieder abgegangen. Sie hat die beiden Wahlvorschläge A und B wieder fallen gelassen und hält nur noch an dem Wahlvorschlage C fest, der die kleinen Wahlkreise zu durchschnittlich 4 Abgeordneten vorsieht. Für Sachsen würde dieser Wahlvorschlag 10 Wahlkreise mit 39 Abgeordneten bringen. Ministerpräsident Dr. Gradnauer faßt als Ergebnis der Aussprache des Aeltestenausschusses zusammen, daß man in Sachsen dem neuen Wahlsystem keine Sympathien entgegenbringe und daß man die kleinen Wahlkreise allgemein verwerfe.

Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung.

WTB. Berlin, 11. März. Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil der neuen Reichswahlgesetze bilden wird, ist vom Reichsministerium des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 und teilt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. 62 Wahlkreise sind für die Wahl von vier, 23 für die Wahl von drei und 37 für die Wahl von fünf Abgeordneten bemessen. Mehrere Wahlkreise werden jeweils zu einem Verbandswahlkreis zusammen gefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar 8 mit je vier, 6 mit je fünf, 4 mit je sechs, 4 mit je sieben und ein Wahlverband mit acht Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfes wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Zusammensetzung der Reichsschulkonferenz

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, wird die Reichsschulkonferenz, die in der Osterwoche der Nationalversammlung im Sitzungssaale des Reichstages beraten wird, sich zusammensetzen aus den Kultusministern der Einzelstaaten, aus hervorragenden Schulmännern, aus Mitgliedern der Parlamente der einzelnen Länder, sowie der Nationalversammlung und aus Vertretern der Lehrerorganisationen. Die einzelnen Fraktionen werden das Recht erhalten, eine gewisse Anzahl Personen zuzuwählen.

Neue Gesetzentwürfe beim Reichsrat.

WTB. Berlin, 11. März. (Drahtnachricht.) Der Reichsrat überwies heute eine Anzahl neuer Gesetzentwürfe dem Ausschuß, darunter den Staatsvertrag über den Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich, den Entwurf eines Reichswahlgesetzes, eines Gesetzes über den Volksentscheid, eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten, eines Gesetzes über die Ausdehnung der Versicherungspflicht der Krankenversicherung. Angenommen wurde in der Plenarsitzung der Gesetzentwurf über die Aenderung des Gesetzes über Wochenfürsorge und die Verordnung über die neuen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte des Jahres 1920 in den vom volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung etwas abgeänderten Form.

Eine amtliche Meldung zur Wernitz-Affaire.

WTB. Berlin, 11. März. (Drahtnachricht.) Amtlich. Die französischen Soldaten, die sich in Wernitz des Wildern schuldig gemacht haben, gehören zu der Alliiertenkommission, der die Ueberwachung des Flugwesens obliegt. Diese Kommission wird von dem englischen General Masterman geführt, der dem Auswärtigen Amt auch bereits das Ergebnis einer von ihm angeordneten Untersuchung des Vorfalles überreicht hat. Der französischen Regierung wurde wegen der Vorgänge im Hotel Adlon das Bedauern ausgesprochen, weil hierbei außer Mitgliedern der alliierten Kommissionen auch ein Herr in Mitleidenschaft gezogen worden war, der zu der in Baden-Baden tätigen französischen Kommission gehört. Im Falle Wernitz haben wir es also mit der Entente als Ganzem zu tun.

Eine Ostpreußenstelle in Berlin.

WTB. Berlin, 11. März. (Drahtnachricht.) Amtlich wird mitgeteilt: Die unter dem Vorsitz des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch aufgenommenen Verhandlungen mit der unter Führung des Oberpräsidenten Winnig stehenden ostpreußischen Deputation sind am Donnerstag zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Es wurde zunächst eine Einigung darüber erzielt, daß in Berlin eine besondere Ostpreußenstelle errichtet wird. Daneben wird in Berlin ein Vertreter des Oberpräsidenten von Ostpreußen seinen Sitz nehmen, der der Beratung ostpreußischer Fragen im Reichskabinett und im preußischen Staatsministerium beiwohnen wird. Es wurde ferner vereinbart, daß in den Reichswirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Provinz Ostpreußen entsandt werden soll. Die möglichst umgehende Bildung eines Bezirkswirtschaftsrates ist ebenfalls in Vorbereitung. Weitere Verhandlungen werden noch folgen. Sie werden sich insbesondere befassen mit dem Wunsche nach Schaffung eines besonderen Referates Ostpreußen im Auswärtigen Amt, das mit einem Landeskundigen besetzt werden soll.

Ein sächsisches Riesenelektrizitätswerk.

Dresden, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die städtischen Kollegien in Annaberg haben beschlossen, die Wasserkraft des Pöhlbachtales im Annaberger Ratswald zur Elektrizitätserzeugung im größten Maßstabe auszunutzen. Nach Urteil sachmännischer Kreise könnte dieses Kraftwerk auf eine Leistung von jährlich über 2 Milliarden Kilowattstunden gebracht werden, so daß eine jährliche Kohlenersparnis von etwa 5—6000 Tonnen erzielt würde. Die Baukosten des Werkes würden mehr als 10 Millionen ausmachen.

Graf Brockdorff-Rantzau warnt.

WTB. Berlin, 11. März. Ueber Deutschland, Dänemark und Nordschleswig äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" der ehemalige Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau: Im vorigen Jahre hätten Anzeichen vorgelegen, daß die maßgebenden Kreise in Dänemark sich der Gefahren bewußt waren, die aus der skrupellosen Ausnutzung der Notlage Deutschlands erwachsen müßten. Inzwischen aber stieg die chauvinistische Welle in Dänemark immer höher. Dänemark stehe vor der Gefahr, eine Augenblickspolitik zu treiben. Die dänische Sozialdemokratie habe während des Krieges mutig für die Versöhnung der Völker gearbeitet. Möge sie sich in ihrer Haltung nicht beirren lassen, jetzt, wo zwar der Weltkrieg zu Ende ist, aber Entscheidungen auf dem Spiele ständen, von denen die Versöhnung der Völker abhänge. Wenn Deutschland und Dänemark sich dauernd gut ständen, bringe das beiden Teilen den größten Nutzen, weil er dauernd gute Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark wünsche, erfüllten ihn die jetzigen Vorgänge in Nordschleswig mit großer Sorge.

Abtrennung der Bahnen im Saargebiet.

WTB. Saarbrücken, 11. März. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken ist am 8. März eine Note der interalliierten Kommission eingegangen, die bis 10. März die Errichtung einer besonderen Verwaltung für die in das Saarbecken fallenden Teile der Eisenbahndirektion an Saarbrücken und Ludwigshafen und sofortige Abtrennung derselben von den genannten Verwaltungen fordert. Auf die Vorstellung der Eisenbahndirektion, die die Undurchführbarkeit einer soweit gehenden Maßnahme in so kurzer Zeit darlegen, war von dem bereits früher gestellten Verlangen, die Trennung schon bis zum 1. März durchzuführen, zunächst Abstand genommen worden. Auf den Vorschlag, die Abtrennung der Verwaltungen auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen zu regeln, ist die interalliierte Kommission nicht eingegangen. Sie verlangt jetzt sofortige Trennung. Es ist nur gestattet, daß vorläufig bis zum 1. April eine getrennte Verwaltung für den außerhalb des Saargebiets fallenden Teil der Direktion mit ihrem Beamtenstabe noch in Saarbrücken verbleibt. Alsdann hätten die in Frage kommenden 50 Beamten das Saargebiet zu verlassen.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

WTB. Berlin, 11. März. Die „Germania" sagt zu der Meldung, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beabsichtige, ihren Antrag, daß der Reichspräsident vom Reichstag gewählt werde, wieder rein zu bringen, unter anderm: Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß manche Bedenken gegen die Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk sprechen. Aber ebenso schwerwiegende Bedenken liegen gegen die Wahl durch das Parlament vor. Im Zentrum dürfte man jedenfalls nicht so ohne weiteres geneigt sein, die Hand zu einer Verfassungsänderung zu bieten.

Parteifreie Politik.

Von

Dr. E. Stadtler.

„Obwohl wir nicht durchweg auf dem Standpunkt Dr. Stadtlers hinsichtlich der Stellung des Parteiwesens stehen, geben wir die nachstehenden Ausführungen des bekannten Schriftstellers, der für die Liga zum Schutze der deutschen Kultur anzeit in einer Reihe von Städten Mitteldeutschlands Vorträge hält, hier wieder, um sie zur öffentlichen Diskussion zu stellen." Redaktion der „Saale-Zeitung".

Als beim Ausbruch der deutschen Revolution uns allen der Segen der parteiparlamentarischen Staatsform verkündet wurde, erfüllte der Glauben der Menschen an ihre Parteien das politische Leben. Gegen den Bolschewismus, der in Deutschland selbst und von außen her die Diktatur einer Klasse verkündete, regte sich der Selbsterhaltungstrieb der in ihrer politischen Machtstellung bedrohten Parteien. Sie nahmen den Kampf auf und gestützt auf den Glauben der Massen an die rettende Kraft des Parteiwesens überwanden sie die unmittelbare bolschewistische Gefahr.

In diesem Wunderglauben an die erlösende Kraft der Parteien, der sich vor einem Jahre als Glaube an die bestehenden Taten der zu wählenden Nationalversammlung auswirkte, lebte eine der stärksten Kräfte, die uns aus dem Zusammenbruch aller politischen Formen wieder herausführten.

Inzwischen aber hat der Glaube an den Segen des Parteiparlamentarismus Schiffbruch gelitten. Gerade weil uns im Spätherbst 1918 von den Vertretern des neuen Deutschland in kurzsichtigem Optimismus Glück und Segen, Aufstieg zur Freiheit, Volkserlösung und Völkerverbrüderung versprochen wurde, hat sich die Enttäuschung nunmehr zu einer starken Skepsis gegenüber den unsinnigen Versprechungen des Parteiparlamentarismus verdichtet. Dieses Mißtrauen ist allgemein. Es regt sich bei der Opposition rechts, bei der Opposition links, auch in der nüchternen Mitte, von denen ganz abgesehen, die aus historischen Gründen, wie aus Gründen realer Kenntnisse des Auslandes die Schwärmerei für den westlerischen Parteiparlamentarismus nicht mitzumachen vermochten. Wir sind alle enttäuscht. Die Revolution machte aus dem Parteiwesen das Parteiunwesen, aus dem Volksstaat den Demagogenstaat. Die Staatskunst wurde parteimäßig verzerrt. Auch die Verwaltung wurde von der Parteipolitik heimgesucht. Selbst die Schule wurde parteipolitisiert. Vor allem aber geriet unser Wirtschaftsleben unter den schädlichen Einfluß partei- und klassenpolitischer Kämpfe, wie andererseits unter den Druck des schieberischen Händlertums und der Korruption.

Es mehrt sich die Einsicht, daß es so nicht weitergehen kann. Die Staatsmänner haben jeden Schwung der Parteiweltanschauung verloren, können also aus dem Parteiglauben auch nichts Schöpferisches gestalten. Trotzdem kleben sie an der Parteiform, am Parteischlagwort. Erzberger hat nie eine staatsmännische Rede gehalten, sondern immer nur wie ein Parteidemagoge gesprochen. Nach seinem Abgang mehren sich deswegen die Stimmen, welche als Minister nur Fachmänner, nicht Parteipolitiker verlangen. Die Nationalversammlung als solche hat niemanden mehr enttäuscht als die Abgeordneten selbst, die allesamt mehr oder weniger verärgert, enttäuscht und unzufrieden sind. Der parteiparlamentarische Betrieb mit all den Begleiterscheinungen erstickt ihre besten Kräfte. Von der Wirtschaft her ertönt laut und vernehmbar das Wort der „Entparteipolitisierung". In der politischen Literatur ist das Wort „parteifrei" Trumpf. Es mehren sich bis in die Parteipresse hinein die Stimmen derjenigen, welche eine Einigung des deutschen Volkes über die Parteien hinweg und gegen die Parteien als Forderung des Tages erheben. Gerade auch die breiten Massen des Volkes sind parteimüde und parteiüberdrüssig geworden.

Es hieße eine der bedeutendsten Erscheinungen der heutigen Zeit übersehen, wenn man an diesen Dingen vorübergehen wollte. Seit meiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde ich nicht müde, zu erklären, daß der Bolschewismus, d. h. der extreme Radikalismus des Parteiwesens, in den proletarischen Schichten nicht auf dem Wege der Entfesselung der Parteikämpfe überwunden werden könne. Das hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben. Ich versuchte den Unsinn nachzuweisen, der darin lag, daß man ein zusammengebrochenes Staatswesen den alten Parteimechanismen ohne überragende Führerkräfte bedenkenlos anvertraute. Ich bezeichnete es auch als ein Unding, die Verwirklichung des „Sozialismus", d. h. den Uebergang aus dem Wirtschaftssystem der Vorkriegszeit zu einer Wirtschaftsordnung des Weltrevolutionschaos, den Bureaukraten des alten Parteisystems zu überlassen. Vor allem machte ich darauf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200312014/fragment/page=0001

aufmerksam, daß Deutschlands geistig politische Erneuerung aus Krieg, Revolution und Not nicht von den geistlosen Parteiapparaten mit ihrem toten Formelkram ausgehen könnte.

Nun werden diese Erkenntnisse allmählich Allgemeingut in der Politik. Ueberall ertönt der Ruf nach Sammlung aller gesunden Kräfte, nach Erneuerung im Geiste positiver Aufbaubestrebungen.

Die Forderung einer parteifreien Politik kommt besonders in Anwendung für die Staatskunst selbst. Staatsmänner dürfen nunmal nicht Parteimenschen sein. Auch dann nicht, gerade dann nicht, wenn sie aus einer Partei herauswachsen. Sie müssen über den Parteien stehen und gegen die Parteien ihre großen Ziele, die Ziele des Gesamtstaates verfolgen. Von Erwin Barth im „Vorwärts" bis zu Röcke und v. Graefe wird dies verstanden. Praktisch bedeutet diese Forderung heute Errichtung einer Diktatur innerlich freier Staatsmänner, denen Kraft zugetraut werden kann, daß sie das Vertrauen der Gesamtheit nicht im Dienste einer Partei, sondern in der Hingabe ans Ganze nützen.

Besonders wichtig erscheint heute die Verlegung des Schwergewichts in der Führung der Wirtschaft vom Parteiparlament in einen möglichst parteifreien Reichswirtschaftsrat. Der wirtschaftliche Bau des Reiches wankt. Partei- und Klassenpolitik höhlen ihn aus, nur im Kampf gegen die Parteipolitik kann das schwankende Gebäude noch gestützt werden.

So kommen wir zur Zeitforderung eines neuen Burgfriedens. Die Lage ist viel tragischer noch als im August 1914, da man mit Rücksicht auf die Bedrohung des Reiches allen Parteihader vergaß und die Politik der Sammlung versuchte. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!" Sollen wir nicht im Partei- und Klassenkrieg uns selbst zerfleischen und alle Wiederaufbaubestrebungen im Keime ersticken, so müssen wir auch heute aus der Not heraus Burgfriedenspolitik betreiben.

Die nationale Volksgemeinschaft über und gegen die Parteien unter starker Führung brauchen wir gegen den Versailler Frieden wie gegen die Zersetzungskraft des russischen Bolschewismus. Wir brauchen sie vor allem gegen die inneren Zusammenbruchtendenzen. Der Volksstaat und die Volkswirtschaft werden dann auch aus dem lebendigen Willen eines Staatsvolkes (nicht Parteivolkes) und eines Wirtschaftsvolkes (nicht Klassenvolkes) aus den Trümmern des Weltkrieges neu aufgebaut werden können.

Zum Explosionsunglück in Reißholz.

WTB. Benrath, 11. März. Das schwere Explosionsunglück auf dem rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk in Reißholz hat 25 Tote, 20 Schwerverletzte, und eine größere Anzahl Leichtverletzter gefordert. Ein Verarbeiter wird [illegible] Ein Dreitausend-Tonnen-Kohlenbunker barst und die durch den Spalt niederstürzenden Kohlen begruben noch zahlreiche Opfer. Von den zehn Kesseln, die in dem Gebäude aufgestellt sind, sind zwei vollständig vernichtet, während alle anderen mehr oder weniger beschädigt sind. Herr Dr. Schulte, Bischof von Paderborn und erwählter Erzbischof von Köln, hat zu Händen des Pfarrer von Benrath ein herzliches Schreiben gerichtet, in dem er seiner innigen Teilnahme über das schmerzliche und schreckliche Unglück Ausdruck gibt und aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die notleidenden Hinterbliebenen 10 000 Mark bereitstellt.

Flugzeug verunglückt.

WTB. Wilhelmshaven, 11. März. Zwischen Helgoland und Wangeroog ist ein Flugzeug verunglückt. Die drei Insassen sind verschollen.

Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes

WTB. Berlin, 11. März. Der „Reichs- und Staatsanzeiger" enthält eine Bekanntmachung, daß das Tabaksteuergesetz am 1. April in Kraft tritt, ferner eine Bekanntmachung betreffend Ausfuhrerleichterungen im Verkehr mit dem Freihafen Hamburg und den Freibezirken und eine preußische Verordnung zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes.

Die Beschlüsse der Entente über die schleswigsche Handelsflotte.

WTB. Kopenhagen, 11. März. Im nordschleswigschen Ausschuß des Reichstags teilte der Minister für Schleswig, H. P. Hansen, gestern bezüglich der Beschlüsse der Entente über die schleswigsche Handelsflotte mit, die dänische Regierung werde als Vertrauensmann der Schadenersatzkommission der Schiffe übernehmen, die im Gebiet nördlich der festzusetzenden Grenze beheimatet sind, und sich verpflichten, über diese Schiffe in einer Weise zu verfügen, die die Schadenersatzkommission bestimmen soll, nachdem die von der dänischen Regierung im eigenen Namen oder im Namen dänischer Untertanen vorgebrachten Forderungen geprüft sind. Hieraus geht hervor, daß die Schadenersatzkommission sich völlig freie Hand darüber vorbehält, was sie mit den Flensburger Handelsfahrzeugen zu tun gedenkt, nachdem sie ihre Auslieferung erwungen und sie der dänischen Regierung lediglich zum Sequester überlassen hat. Nach einer Kopenhagener Meldung der „Morning Post" vom 27. Februar berichtete übrigens Hansen im nordschleswigschen Reichstagsausschuß, daß dem dänischen Gesandten in London und Paris als Sachverständige in der Flensburger Schiffahrtsfrage zwei Reeder, Direktor Gold von der Vereinigten Schiffahrtsgesellschaft und P. Mrellet, beigegeben worden sind, und daß man das Ersuchen an die Entente gerichtet hat, die Auslieferung der Schiffe solange zu vertagen, bis die ganze Schiffahrtsfrage entschieden ist. Danach ist also der dänische Urlaubung des ganzen Wahlmanövers deutlich erwiesen.

Der Rat des Völkerbundes soll die Lage in Rußland prüfen.

WTB. Rotterdam, 11. März. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, erklärte Lloyd George im Namen des Obersten Rates in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, daß die Untersuchung der Lage in Rußland mit größerer Autorität und mit größerem Erfolg unternommen werde, wenn sie anstatt vom internationalen Arbeiterrat, der nur ein Unterteil des Völkerbundes sei, vom Rat des Völkerbundes selbst veranstaltet würde. Lloyd George fordert den Rat zu solchen Schritten auf.

Zusammentritt des Völkerbundsrates.

WTB. Paris, 11. März. Der Völkerbundsrat ist in London zusammengetreten. Er soll, namentlich die Mitglieder der Untersuchungskommission bezeichnen, welche gemäß dem in London am 7. Januar gefaßten Beschluß nach Rußland entsendet werden soll.

London, 11. März. Reuter meldet: Man glaubt, daß der Völkerbundsrat die interessierten Länder einladen wird, an der Konferenz zur Besprechung der europäischen Finanzkrise, die am 3. April in Brüssel stattfinden soll, teilzunehmen. Man glaubt auch, das Deutschland bei der Konferenz vertreten sein wird.

Englische Pressestimmen zum Wirtschaftsabkommen.

WTB. Amsterdam, 11. März. Laut „Telegraaf" findet das Wirtschaftsmemorandum des Obersten Rates bei der gesamten englischen Presse Zustimmung. „Times" nennt die Erklärung deutlich, verständlich und wohl durchdacht, sowie gerecht gegen Deutschland und nicht mehr als gerecht gegen Frankreich. Das Blatt schreibt, das Memorandum zeige den Weg des Friedens, der Arbeit, der Sparsamkeit und des internationalen Handels. Ein anderer Weg bestehe nicht. „Daily News" nennt die Bedeutung des Memorandums eine für die internationale Verständigung unverkennbare Tatsache. Die Vorschläge seien logisch. Alles hänge von dem Eifer und der Ehrlichkeit ab, mit denen sie durchgeführt werden.

Das deutsch-französische Schiedsgericht.

WTB. Paris, 11. März. Das gemischte Schiedsgericht zur Schlichtung zivilrechtlicher Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen, das der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, hat sich konstituiert und wird Mittwoch eine feierliche Eröffnungssitzung abhalten. Das Schiedsgericht umfaßt vier Abteilungen, die je aus einem von den Neutralen noch zu bestimmenden Vorsitzenden, sowie je einem deutschen und einem französischen Schiedsrichter bestehen werden. Als deutsche Richter werden wirken von Richtkofen, Justizrat, Leipzig; Felix Fondin, Rechtsanwalt, Dresden; Dr. Herwegen, Justizrat, Düsseldorf und Justizrat Biegeleben, München.

Die ägyptischen Unabhängigkeitsbestrebungen.

WTB. Kairo, 11. März. 52 Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung kamen gestern abend in der Wohnung des Sozialistenführers Zaghlul Pascha zusammen. Sie nahmen eine Entschließung an, in der sie gegen die Aufhebung der gesetzgebenden Versammlung und gegen das englische Protektorat Einspruch erhoben und die Unabhängigkeit Aegyptens und des Sudans proklamierten.

Ein bolivianisch-peruanischer Konflikt.

WTB. Lima, 11. März. (Drahtnachricht.) Die bolivianische Regierung erwiderte auf eine Protestnote des peruanischen Außenministers in dem Streit über den Hafen Arica, die glaube, ein Recht auf den Hafen zu haben, weil dieser viel zur Entwicklung des Landes beigetragen hat. Der peruanische Kanzler beantwortete diese Erwiderung mit der Forderung, Bolivien solle seine gegenwärtige Haltung ändern.

Die Schwierigkeiten mit der Türkei.

WTB. Amsterdam, 11. März. „Times" melden aus London, daß die Konferenz der Alliierten sich von neuem mit der türkischen Frage beschäftigt hat. An den Beratungen nahmen Heer- und Flottensachverständige teil. Die Lage in der Türkei scheine besorgniserregend zu sein. Laut „Times" stehe man am Vorabend kritischer Ereignisse in der Türkei. Mustapha Kemal Pascha soll versucht haben, mit den Arabern in Syrien die Verbindung aufzunehmen.

Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich.

WTB. Lille, 11. März. Der Streik der Textilarbeiter in Roubaix-Tourcoing und den benachbarten Gegenden ist ein vollständiger. Man schätzt die Zahl der Streikenden auf 65 000. Die Arbeit ruht überall.

Blutige Zusammenstöße im Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier.

WTB. Wien, 11. März. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Mährisch-Ostrau: Um blutige Zusammenstöße zwischen Tschechen und Polen im Kohlenrevier zu verhindern, schritten Militärabteilungen der Entente ein. Hierbei wurden in Teschen ein italienischer Offizier mißhandelt und ein französischer Soldat durch einen Schuß aus der Menge getötet. In Karwin wurde ein Demonstrant, der gegen einen italienischen Offizier Handgranaten werfen wollte, niedergeschossen. Die Ententemission beabsichtigt, die ganze Demarkationslinie mit Truppen zu besetzen.

WTB. Mährisch-Ostrau, 11. März. Ein hiesiges Blatt veröffentlicht über die Ereignisse im Karwiner Gebiet folgenden Bericht: Die Bevölkerung des Karwiner Gebiets hat gestern eine der schrecklichsten Nächte durchlebt. Die Polen schossen bis Mitternacht aus Maschinengewehren und Revolvern. Alles bezeugt, daß die Polen einen großen planmäßigen Angriff auf Orlau vorbereitet hatten. Diese Absicht wurde durch französische und italienische Ententetruppen verhindert, welche sich vor Karwin zur Wehr setzten, wobei ein französischer Soldat getötet wurde. Ein Teschener Korrespondent meldet, daß die interalliierte Ententekommission in Teschen das Standrecht über das ganze Teschener Gebiet verhängt hat.

Das sterbende Wien.

WTB. Wien, 11. März. Nach amtlicher Statistik betrug die Zahl der Sterbefälle im Januar in Wien 3352. Dies ist absolut und relativ die höchste Sterblichkeit, die seit Jahrzehnten im Monat Januar beobachtet worden ist. Die meisten Todesfälle entfallen auf Tuberkulose.

Der „Arbeiterzeitung" zufolge wurden im Monat Febr. 1894 Geburten und 4020 Todesfälle in Wien gemeldet.

Ausweisung von Ausländern aus Polen.

WTB. Warschau, 11. März. Nach der Polnischen Telegraphenagentur teilen die Warschauer Blätter mit, daß das polnische Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen hat, nach der alle Ausländer, die nach dem Jahre 1915 nach Polen gekommen sind, ausgewiesen werden sollen.

Der neue ungarische Ministerpräsident.

WTB. Budapest, 11. März. Wie das Ungarische Korr.-Büro meldet, ist Alexander Simonyi Semadam vom Reichsverweser zum Ministerpräsidenten in Aussicht genommen worden.

Deutschland hat keine Waffen verborgen

WTB. Berlin, 11. März. Nach Pressemeldungen hat Ministerpräsident Millerand behauptet, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verletzt, indem es Waffen verborgen halte und anderes mehr. Im Anschluß hieran stieß er die Drohungen aus, die bereits aus seiner Kohlennote bekannt sind, und stellte die Unterbrechung der Räumungsfristen und die Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht. Hierzu wird uns von zuverlässiger Seite unter anderm geschrieben: Deutschland denkt nicht daran, irgendwelche geheime Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor den Augen der Ententekommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überschwemmen. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichswirtschaftsministerium befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Ententeausschüssen pflichtgemäß angezeigt. Wenn der französische Ministerpräsident glaubt, Beschwerde darüber führen zu müssen, daß Deutschland eigenmächtig Kriegsmaterial zerstört habe, so ist dem entgegenzuhalten: Der Sinn des in Frage kommenden Artikels 169 kann für jeden billig Denkenden nur darin gesucht werden, daß das überzählige Kriegsgerät Deutschland so schnell und gründlich wie möglich zerstört wird und zwar auf deutschem Gebiet, denn es wird darin ausdrücklich festgesetzt, daß die Auslieferung diese Geräte an die Ententemächte zur Zerstörung auf deutschem Gebiet erfolgen soll. — Wenn also Deutschland schon seit Abschluß des Waffenstillstandes, also noch vor Inkrafttreten der betreffenden Vertragsbestimmungen, mit dem Zerstören von Kriegsmaterial begonnen hat, so handelt es damit gerade durchaus im Sinne dieses Artikels.

Die Vereinigung Koburgs mit Bayern.

WTB. München, 11. März. Der bayerische Landtag hat heute in Gegenwart der vollzählig erschienenen Vertreter der koburgischen Regierung und des Koburgischen Landtages den Gesetzentwurf über die Vereinigung des Freistaats Koburg mit dem Freistaat und den dazu gehörigen Staatsvertrag einstimmig angenommen.

Abänderung des Flaggenverbots.

WTB. Berlin, 11. März. Nach einer Flensburger Meldung der „Voss. Ztg." hat die internationale Kommission das Flaggenverbot dahin abgeändert, daß nunmehr nur das Beflaggen von öffentlichen Gebäuden und Schaufenstern verboten ist. Von der Höhe des ersten Stocks an dürfen alle Privathäuser so viel flaggen wie sie wollen. Auf diesen Beschluß hin haben die deutschen technischen Berater der internationalen Kommission ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Neue Postwertzeichen.

WTB. Marienwerder, 11. März. Nach dem „Neues Westpreußischen Mitteilungen" sind durch eine Bekanntmachung der interalliierten Kommission für das Abstimmungsgebiet Marienwerder mit Wirkung vom 12. März ab neue Postwertzeichen eingeführt worden. Die alten Briefmarken können bis einschließlich 20. März verwendet werden.

1. Gewinnverlosung der Sparprämienanleihe.

WTB. Berlin, 11. März. Auf Ersuchen der Banken ist die erste Gewinnverlosung der Deutschen Sparprämienanleihe 1919 auf Sonnabend, den 27. März 1920 hinausgeschoben worden.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 11. März. 154. Sitzung. 12 Uhr 10 Minuten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung.

Die Anleihedenkschrift für das Reich wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Das Gesetz über die Erhebung der Eiersteuer wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Landessteuergesetzes.

Zu § 2 (Inanspruchnahme von Steuern durch das Reich schließt die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder usw. aus) beantragt

Abg. Schneider-Franken (B. Vpt.) Ablehnung wegen Verfassungswidrigkeit. Ebenso sei die Annahme dieses Paragraphen mit einfacher Stimmenmehrheit verfassungswidrig.

§ 2 wird angenommen.

§ 58 bestimmt, daß das Reich jedem Lande und seinen Gemeinden die Einnahmen aus seinen Steuern in der bisherigen Höhe garantiert. Aenderungen in der Höhe der Steuern nach dem 5. März bleiben außer Ansatz.

Unterstaatssekretär Mösle bittet, es bei der Fassung der zweiten Lesung zu belassen. Eventuell könnte nach einem Antrag der Mehrheitsparteien der 10. März als Stichtag in Frage kommen.

Der Antrag der Mehrheitsparteien — Stichtag 10. März — wird angenommen. Ebenso ein Antrag Brann, wonach Aenderung des garantierten Betrages nur für die Aufgaben erfolgt, die das Reich 1919 von den Ländern und Gemeinden übernimmt.

Der Antrag Dr. Becker-Hessen, betreffend ungerechtfertigte Aenderungen und betreffend Zuschiebung der Beweislasten an den Reichsfinanzminister, wird in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 174 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, auch in der Gesamtabstimmung.

Die dritte Beratung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes wird zu Ende geführt, indem § 23 (Waldnutzungen) nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen wird.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz angenommen.

Die Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft und diejenigen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten werden erledigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200312014/fragment/page=0002

Morgen vormittag 10 Uhr: Anfragen und kleine Vorlagen.
Schluß nach 3 Uhr.

Deutsches Reich.

Tagung der mittleren Reichspost- und Telegraphenbeamten.

Die von nahezu 300 Vertretern aus allen Teilen des Reichs, auch aus den besetzten Gebieten, besuchte Tagung, an der vom Reichsamt des Innern Geh. Reg.-Rat Falkenberg, vom preußischen Landwirtschaftsministerium Unterstaatssekretär Busch sowie Vertreter der Organisationen der höheren, weiblichen und unteren Postbeamten und der bayerischen und württembergischen Postorganisationen und Abgeordnete der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung teilnahmen, beschäftigte sich am ersten Verhandlungstage am 9. März nach Entgegennahme des Geschäftsberichts für 1918/19 in der Hauptsache mit der das gesamte Reichspostpersonal schon seit Monaten aufs tiefste bewegenden Frage der **Personal- und Besoldungsreform**. Einleitend hierzu sprach Reichspostminister **Giesberts**, der mit einigen höheren Beamten seines Ressorts erschienen war, in längerer wirkungsvoller Rede über die Notwendigkeit einer ausreichenden Besoldung seines Personals, dabei die zahlreichen Gründe beleuchtend, die die geplante Postgebühren-Erhöhung gerechtfertigt und geboten erscheinen lassen. Neben den dringend notwendigen Mehrausgaben für das Personal sei es in Verbindung mit der enormen allgemeinen Preissteigerung die ungeheure Verteuerung aller Materialien, die der Allgemeinheit die Berechtigung dieser, das Defizit der Postverwaltung bei weitem noch nicht deckenden Gebühren-Erhöhung verständlich machen muß.

Zur Wiederherstellung der alten Höhe des Post- und Telegraphenbetriebs sei aber vor allem auch eine ausreichende Besoldung des Personals oberste Voraussetzung.

In der sich bis in die späten Abendstunden ausdehnenden Aussprache über die Vorträge des Verbandsvorsitzenden Domscheit und des Hauptschriftleiters Winters über den Stand der Personal- und Besoldungsreform kam die nicht mehr zu überbietende ungeheure Erregung und Verbitterung der mittleren Post- und Telegraphenbeamtenschaft unter sich immer wiederholenden stürmischen Beifallskundgebungen des Verbandstags zum Ausdruck. Die mittlere Postbeamtenschaft ist danach nicht länger mehr gewillt, sich die ihr zugedachte Zurücksetzung und nach Lage der Verhältnisse völlig unverständliche Behandlung in diesen beiden Lebensfragen gefallen zu lassen. Die endgültige Stellungnahme hierzu sowie zu der Frage des **Streiks** und der **passiven Resistenz**, wozu vom 2. Verbandsvorsitzenden Knappe ein ausführlicher Vortrag gehalten wurde, wurde den am Mittwoch tagenden Ausschüssen und den Schlußberatungen am Donnerstag und Freitag vorbehalten.

Berlin, 11. März. **Vormittagsziehung der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie.** 10 000 Mark auf Nr. 162 290. 5000 Mark auf Nr. 185 586.

Halle und Umgegend.

Halle den 12. März 1920.

Landtag der Provinz Sachsen.

4. Vollsitzung.

Merseburg, 11. März.

Vorsitzender Cludius eröffnet die Sitzung um ½4 Uhr. Es erfolgte die Beratung der Provinzialausschußvorlage betr.

Neuregelung des Diensteinkommens der Provinzialbeamten.

Landeshauptmann v. **Wilmowski**: Der Provinzialausschuß beantragt: 1. die Neuregelung der Diensteinkommensverhältnisse der Provinzialbeamten und die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger einschließlich der erforderlichen Ordnung der Amtsbezeichnungen einem aus dem Prov.-Ausschuß und 13 von dem Provinziallandtage zu wählenden Mitgliedern des Provinziallandtages zu wählenden Ausschusse zu übertragen; 2. die Wahl der 13 Mitglieder vorzunehmen und 3. den Provinzialausschuß zu beauftragen, daß die getroffenen Festsetzungen dem nächsten Provinz.-Landtage zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Provinzialbeamten den Reichs- und Staatsbeamten gleichgestellt bleiben müssen.

Koerlin (Dem.): Es ist die Pflicht der Versammlung, den Beamten der Provinz für ihre Pflichttreue während des Krieges Dank abzustatten. Die Beamtenschaft ist trotz der Behauptung von der Gegenseite gesund geblieben und zeigte keine Korruptionen, außer Schwächen allgemein menschlicher Natur. Die Besoldungen müssen geregelt werden im Zusammenhang mit der Besoldungsordnung für die Reichs- und Staatsbehörden. Die Provinzialbeamten nahmen gleichwohl eine sie benachteiligende Sonderstellung ein, da sie meistens in kleinen Orten tätig und für die Erziehung ihrer Kinder benachteiligt sind; ihre Freizügigkeit ist an das Gebiet der Provinz gebunden; sie haben geringere Beförderungsmöglichkeit. Wir sind mit der Vorlage einverstanden. Dennoch möchten wir zu 1. den Zusatzantrag stellen, daß die Besoldung festgestellt wird unter Hinzuziehung der gewerkschaftlichen Vertretungen und Ausschüsse der Beamten mit beratender Stimme. **Das Berufsbeamtentum gewährt die nötige Sachkenntnis und Unparteilichkeit. Es darf nicht vorkommen, daß der Beamte mit Zittern und Zagen ins Zimmer des Vorgesetzten geht.** In vielen Kreisen herrscht Mißtrauen gegen die Beamtenausschüsse. Sie können sehr nützlich sein, da sie gegenseitige Hilfe gewährleisten und manche Streitfälle erledigen können; ebenso haben sie mitzuwirken bei Anstellungen und Beförderungen. **Die Gründe des Beamtenausschusses bei Ablehnung eines Beamten bedürfen allerdings reiflichster Nachprüfung.** Die Rückwanderer wirken nachteilig auf die Beförderung ein. Hier müßte das Reich für Entschädigung aufkommen. Die Wohnungsverhältnisse gestalten sich hinsichtlich der Rückwanderung recht schwierig; es muß erwogen werden, ob Mittel seitens der Provinzverwaltung unter Mitwirkung der Selbsthilfe zur Verfügung gestellt werden können. Die Besoldungskommission muß schnell arbeiten; denn doppelt gibt, wer schnell gibt.

Kasparek verwahrt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, daß er die sittliche Integrität der Provinzialbeamten in Frage gestellt hätte. Er habe für eine ausreichende Besoldung gesprochen, um Verfehlungen zu verhüten.

Beims: Unter der Teuerung haben vor allem die unteren und mittleren Beamten gelitten. Neben materieller Besserstellung, freierer Bewegung und würdigerer Behandlung muß für Aufstiegsmöglichkeiten und schnellere Beförderung Sorge getragen werden. Hoffentlich erledigt noch die Nationalversammlung die Beamtenbesoldungsreform; denn man weiß nicht, ob der nächste Reichstag nicht ein reaktionäres Gepräge tragen wird. (Rechts Bekundung von Freude.) Nach links gewendet, erklärt der Redner: Je mehr politischer Unsinn gemacht wird, umsomehr Hasen werden ins Garn der Reaktion gejagt. (Unabh.: Der größte Unsinn wird von Ihnen gemacht.)

Dr. **Rive**: Der Provinzialverwaltung kann man nicht den Vorwurf machen, daß sie für ihre Beamten nicht ausreichend gesorgt habe. (Links: Doch!) Die Prov.-Beamten waren z. T. besser gestellt, als im Reich und Staat. Zu meiner Kenntnis sind keine Klagen von Beamten gekommen. (Links: Das glauben wir schon!) Wenn es in der Provinz nicht immer so schnell gegangen ist, so liegt das daran, daß sie auf Neuordnungen im Reich und Staat warten mußte. Auch jetzt wird der Bezug der Erhöhungen für die Provinzialbeamten auf sich warten lassen; wir müssen deshalb die Provinzialverwaltung in die Lage versetzen, ihren Beamten über diese Wartezeit hinwegzuhelfen. **Wenn nicht ernstlich durchgegriffen wird, so wird der Beamtenstand von allen Ständen zuerst im Elend versinken.** Ich möchte deshalb anregen, daß den Provinzialbeamten die Teuerungszulage von 150 Prozent über den 1. April hinaus so lange gezahlt, bis ihre Besoldung geregelt ist. Die Angriffe Kasparels auf die Beamten habe ich nicht ernst genommen; weiß ich doch aus meiner eigenen Beamtentätigkeit, wie leicht geringfügige Dinge übertrieben werden. Der Landeshauptmann hat immer für eine gute Behandlung seiner Beamten gesorgt. Die Hauptbedingung für einen friedlichen Verkehr zwischen Beamten und ihren Vorgesetzten ist gegenseitiges Vertrauen. Für den Aufstieg darf lediglich die Qualifikation und einwandfreies Verhalten in sittlicher Hinsicht maßgebend sein. Die Prüfungen sind nicht zu entbehren. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Beamtenausschüsse richtig zusammengesetzt sind und richtig geleitet werden. Dann werden wir uns den alten, tüchtigen Beamtenstand erhalten und ihn noch verbessern können.

Es entwickelt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag des Provinzialausschusses und die beiden Zusatzanträge Koerlin und Dr. Rive, die damit endet, daß Koerlin seinen Antrag zurückzieht, der Rivesche Antrag auf Vorschlag Boers dem Ausschuß als Material überwiesen und der Ausschußantrag angenommen wird.

Es erfolgt nunmehr die Wahl der 13 außerordentlichen Mitglieder zum Besoldungsausschuß. Von der demokratischen Fraktion werden **Boer** und **Schlense** gewählt.

Es wird ein Schreiben des Oberleutnants Engelhardt-Merseburg verlesen, durch das sich der von Kasparek Angegriffene dagegen verwahrt, 200 Mark Schweigegelder verausgabt zu haben. Er habe die 200 Mark aus seiner Tasche bezahlt, um die Unkosten zu decken, die durch das Versammlungsverbot entstanden seien.

Kasparek: Ich habe nur darlegen wollen, daß Offiziere die ungeeignetsten Personen sind, über die Freiheiten der Bürgerschaft zu bestimmen. Von Schweigegeld habe ich nicht gesprochen. (Lebhafter Widerspruch von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten.)

Es folgt die erste Beratung der Provinzialausschußvorlage betr. Abänderung der Besoldungsgrundsätze und des Besoldungsplans vom 31. März 1909.

Auf Ausführungen **Peters** erwidert der Landeshauptmann, daß die Bedeutung der Vorlage ersichtlich überschätzt werde, da sie eine rein formale Angelegenheit betreffe. Die Vorlage wird hierauf an den Haushaltungsausschuß überwiesen.

In der ersten Beratung der Prov.-Ausschußvorlage betr. **Aenderung des Reisekostenreglements** beantragt **Christange** einen einheitlichen Satz und **Bergemann** Erhöhung auf 233⅓ Prozent. Er erfolgt die Ueberweisung der Vorlage und der zwei Anträge an den Haushaltungsausschuß.

Man tritt nun in die erste Beratung der Provinzialausschußvorlage betr. **Aufnahme von Darlehen zur Begleichung der infolge Beteiligung an Kriegsanleihezeichnungen entstandenen Ausgaben.** Die Unabhängigen sprachen dagegen. **Fritzsche** hebt hervor, daß man selbstverständlich in der äußersten Not des Vaterlandes den letzten Groschen zur Verfügung gestellt habe. **Bergemann** stimmt zu, und die Vorlage wird gegen die Unabhängigen angenommen.

Die Provinzialausschußvorlage betr. Ankauf des Hauses Oberaltenburg 6 in Merseburg wird dem Anstaltsausschuß überwiesen.

Die Provinzialausschußvorlage betr. **Ausscheiden der Stadt Wittenberg aus dem Kreisverbande** geht an den Provinzialausschuß.

Es folgt der Bericht des Landtagsvorstandes über die ungedruckte Vorlage des Herrn Oberpräsidenten, betr. **Wahlhandlungen über die gewählten 139 Abgeordneten** für den Provinziallandtag.

Dr. **Heine** berichtet über den Bezirk Magdeburg. Beanstandet wird die Wahl des Abgeordneten der Stadt Aschersleben. **Daniel** berichtet über den Bezirk Merseburg, in dem zwei Nachwahlen nötig geworden sind. Gegen die Wahlen im Bezirk Erfurt, über die Dr. **Breitenstein** berichtet, wird kein Einspruch erhoben.

Hierauf werden von dem Landtagsvorstand eine große Reihe **Bittschriften** vorgelesen und gemäß Beschluß des Landtags dem Provinzialausschuß überwiesen.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgt der Bericht des **Haushaltungsausschusses über die Provinzialausschußvorlage, betr. Sonderhaushaltspläne für das Rechnungsjahr 1920.** Nr. 1—14.

Berichterstatter für die Pläne Anlage 1—8 sind **Kasparek** und Dr. v. **Helldorf**. **Boer**, **Peters** und Landrat **Skonieczi** äußern sich des näheren über die Pläne. **Ecke** und **Beims** treten ein für Beschränkung und Schluß der Debatte.

Es folgt nun die Beschlußfassung über die vom Haushaltungsausschuß gestellten Anträge, zunächst über drei allgemeine Anträge, die sämtlich angenommen werden, und zwar:

1. Die überflüssigen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind anderen Hauptanstalten zu überweisen.
2. Die Regelung der Besoldung der Provinzialbeamten, -Angestellten und -Arbeiter hat im Anschluß an die Besoldungsordnung der Reichs- und Staatsangestellten zu erfolgen.
3. Die Provinziallandtags-Abgeordneten erhalten für Besichtigung der Provinzanstalten einen Ausweis.

Auch folgende Nebenanträge wurden angenommen:

1. Die auf Probezeit Angestellten sind in gleicher Höhe zu bezahlen, wie die Festangestellten.
2. Die Stellenzulagen an das Pflegepersonal sind zu streichen.
3. Wäschemädchen usw. darf kein geringeres Lohn ausgezahlt werden, als vereinbart worden.
4. Auch Arbeiter dürfen in ihrem Lohn nicht ohne Vereinbarung gekürzt werden.

Die Anträge Peters auf Streichung des Gehalts für Anstaltsgeistliche und der Kosten kirchlicher Handlungen werden abgelehnt.

Der Haushaltsplan der Taubstummenanstalten in Erfurt, Halberstadt, Halle, Osterburg, Weißenfels und des Taubstummenheims in Schleusingen wurde nach dem Bericht von Dr. **Gerhardt** angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Freitag um 2 Uhr nachmittags.

A. Ka.

Zu Gunsten der Südlinie.

mehren sich neuerdings die Stimmen auch aus solchen Gegenden, die nicht ein lokales Interesse an dieser Linienführung haben. So ist vor allem hier die Entscheidung der **Bremer Nationalversammlung** bemerkenswert. Die Bremer Nationalversammlung sprach sich in ihrer jüngsten Sitzung für die durch das **industriereiche Vorland des Harzgebirges** verlaufende Südlinie aus, weil diese Gebiete erschließt, die wertvolle Bodenschätze enthalten, und damit außerdem beiden Linien gemeinsamen Durchgangsverkehr, dem Kanal einen beträchtlichen Lokalverkehr zugeführt und Rückfrachten schafft, die eine wirtschaftliche Ausnutzung des Kahnraumes gewährleistet. Ferner macht die Südlinie die Anlage von Talsperren im Harz erforderlich, wodurch **leistungsfähige Kraftquellen** für die deutsche Elektrizitätswirtschaft geschaffen werden und die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung dieser Linienführung erhöht wird. Die bremische Nationalversammlung ersuchte den Senat, im Sinne dieser Entschließung mit allem Nachdruck bei den zuständigen Stellen des Reiches und Preußens zu wirken.

Was kostet ein Regenschirm? Sicherlich 100 Mark, und dafür gibts noch keine erstklassige Qualität. Was kosten Handschuhe? Für ein paar Mark wie früher kann man keine mehr kaufen, und wären es selbst baumwollene Qualitäten. Glacélederne Handschuhe stehen im Preise beinahe so hoch wie Regenschirme. Und was kostet ein Schleier? Früher 3 Mark, jetzt vielleicht zehnmal soviel. Und trotz dieser hohen Preise gibt es immer noch Damen, die achtlos Regenschirme, Handschuhe, Schleier und ähnliche wertvolle Gegenstände im Wagen unserer städtischen Straßenbahn liegen lassen. Der neueste Fundbericht verzeichnet wieder als liegen geblieben: 10 Regenschirme, 12 Paar Handschuhe, 3 einzelne Handschuhe, einen Schleier, einen Muff, einen Mantelgürtel, ein grünes Kissen, ein Tuch, eine goldene Kette, eine Brosche, eine Halskette, ein Medaillon, 5 Wachstuchtaschen, 2 Handtäschchen, ein Paket Kinderjacken. Das alles sind Gegenstände, von denen man behaupten kann, daß wir Männer, denen man im allgemeinen nicht den gleichen peinlichen Ordnungssinn wie der holden Weiblichkeit nachsagt, sie nicht haben liegen lassen. Nun sind ja allerdings auch vier Spazierstöcke gefunden worden, die zweifellos auf das Konto **männlicher** Unachtsamkeit zu setzen sind. Aber im großen und ganzen macht doch die Fundübersicht unserer Straßenbahn aus Monat Februar den Eindruck, als dürften wir Männer von uns sagen: Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen! ...

Törichte Meldungen über unseren Flugplatz werden wieder einmal in auswärtigen Blättern verbreitet. Ein besonders unterrichteter Berichterstatter verzapft folgenden Unsinn: „Der Flugplatz soll seinem ursprünglichen Zweck zurückgegeben und als Ackerland verpachtet werden. Der Pachtvertrag von ca. 400 Morgen soll den Stadtsäckel in dem immer Ebbe ist, füllen helfen. Daß aber ein großer Teil des Platzes mit Schlacke überdeckt und somit schwer wieder ertragfähig gemacht werden kann, hat man wohl nicht recht überlegt.“ An dieser Mitteilung ist so ziemlich alles unrichtig. Der Flugplatz ist nicht verpachtet worden, sondern die Stadt hat ihn als Kartoffelacker in eigene Regie genommen. Infolgedessen kann auch der Pachtvertrag den Stadtsäckel nicht füllen helfen. Wohl aber wird im Herbst zur Verteilung an die Bürgerschaft eine beträchtliche Menge Kartoffeln als Ertrag von den etwa 350 Morgen Land zur Verfügung stehen. Der Acker ist ohne Schwierigkeiten mit dem Dampfpflug bearbeitet worden und wird, da es sich um ausgeruhten Boden handelt, auch ohne Düngung befriedigenden Ertrag liefern. Auch die Schlackengeschichte ist ein Märchen. Wenn der Berichterstatter bei Abfassung seines Artikels nur einen Bruchteil der Ueberlegung aufgewendet hätte, die die städtischen Behörden an die Sache gewendet haben, hätte er es unterlassen, solche irreführende Mitteilungen nach auswärts zu geben.

Ein Menschenauflauf entstand gestern abend in der Großen Märkerstraße, Rannischestraße, Brunoswarte. Ein Unbekannter wurde vom Markt her von Schutzleuten verfolgt, denen sich rasch Hunderte von Schulkindern unter lebhaften Rufen und Schreien anschlossen. Soviel wir erfahren konnten, handelte es sich um die Verfolgung eines Mannes, der in einer Gastwirtschaft eine Spitzbüberei — andere erzählten sogar von einem Raubmord — verübt hatte. Der Verfolgte, der von den Beamten durch einen Schuß am Arm verwundet sein sollte, flüchtete in ein Haus in der Brunoswarte und kletterte auf das Dach. Dort holte man ihn herab und nahm ihn in Haft. Näheres und Sicheres war über den Vorfall am Abend nicht zu erfahren.

Kunst und Wissenschaft.

Das Stadttheater zu Münster bringt im März d. Js. eine neue Oper „**Sappho**“ des Komponisten Paul Kick-Schmidt nach einer Bearbeitung des Grillparzerschen Dramas von Kurt Sternsdorff zur Uraufführung.

Eine neue Oper von Siegfried Wagner. Aus Dresden wird gemeldet: Siegfried Wagner hat eine neue Oper „**Der Schmied von Marienburg**“ vollendet. Ihre Uraufführung soll in Dresden erfolgen. Die Dresdener Oper will auch Wagners „**Sonnenflammen**“ unter seiner eigenen Spielleitung herausbringen.

Provinzial-Nachrichten.

Konflikt in der Stadtverwaltung.

Halberstadt, 11. März. Der vor 14 Tagen gefaßte und von uns veröffentlichte Beschluß der sozialdemokratischen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung über **Beibehaltung des Stadttheaters in städtischer Regie** hat in der letzten Stadtverordnetensitzung zu einem Konflikt geführt. Der Magistrat beharrt auf seinem Standpunkt, daß ein Weiterführen des Stadttheaters in städtischer Verwaltung aus finanziellen Gründen unmöglich ist und fordert Vertagung dieser Angelegenheit, bis eine Klärung eingetreten ist. Die sozialdemokratische Mehrheit, der die Zusammensetzung des Magistrats, in der die Bürgerlichen die Mehrheit haben, schon lange ein Dorn im Auge ist, sah darin eine Brüskierung, **sprach dem Magistrat ihr Mißtrauen** aus und weigerte sich, weiter mit diesem Magistrat zu arbeiten. Auf ihren Antrag wurde die Sitzung nach ¾stündiger Dauer aufgehoben und auf unbestimmte Zeit vertagt.

? **Nietleben**, 11. März. (**Der in weiten Kreisen der Umgebung bekannte Revierförster Erler**) der Försterei Habichtsfang, tritt in den Ruhestand und wird seinen Wohnsitz in Kemberg b. Wittenberg nehmen. Sein Nachfolger wird Förster Daniel aus Bornstedt b. Eisleben.

() **Nietleben**, 11. März. (**Zur Frühjahrsbestellung**) wurden von der Gemeinde Kartoffeln verkauft, die als anerkanntes Saatgut gelten zum Selbstkostenpreis **pro Zentner 28 Mark.**

?? **Dölau**, 11. März. (**Bei der gestrigen Holzauktion**) in Leistners Waldhaus wurde nur Brennholz und Grubenholz versteigert, Nutzhölzer werden später verkauft. Die Preise für Brennholz **sanken bedeutend.** Während bei der vorigen Auktion für 1 Meter 60—75 Mk. gezahlt wurden, kostete jetzt 1 Meter Scheitholz im Durchschnitt 35 Mk. und 1 Meter Knüppelholz durchschnittlich 30 Mk. Nur Grubenhölzer blieben teuer. Die Preise hierfür waren verschieden hoch.

:: **Döllnitz**, 11. März. (**Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe**) erhielten Rektor Selle hierselbst und Lehrer Simon-Schönewitz.

;; **Eisleben**, 11. März. (**Privatstunden nicht unter 5 Mark.**) Der Lehrerverein beschloß, daß für Erteilung von Privatstunden künftig nicht unter 5 Mark zu berechnen sind.

):(**Kleinpaschleben**, 11. März. (**Die erste diesjährige Schnepfe**) erlegte in hiesiger Feldmark Amtsdiener Borner von hier.

!! **Köthen**, 11. März. (**Das neue Bahnhofsgebäude**), die Wartesäle und Büroräume des hiesigen neuen Bahnhofs sind jetzt so weit fertiggestellt, daß sie zum 1. April in Benutzung genommen werden können. Die Gebäude machen einen recht guten Eindruck, wenn auch vieles daran, entsprechend den veränderten Verhältnissen, wesentlich einfacher ausgeführt werden mußte, als es geplant war. Besonders die Wartesäle wirken geschmackvoll und solide.

)(**Freyburg**, 11. März. (**Die Zukunft des „Edelackers“**) bildet jetzt das Tagesgespräch in Freyburg. Wie mitgeteilt, ist das auf freier Bergeshöhe gelegene Grundstück an zwei Naumburger Herren verkauft. Nach bestimmter Verlautbarung beabsichtigen die neuen Besitzer, den Gastwirtschaftsbetrieb eingehen zu lassen und das Grundstück in ein Eigenheim umzuwandeln. Da Freyburg hierdurch um einen von Nah und Fern vielbesuchten Ausflugsort, an dessen landschaftlicher Schönheit jedermann seine Freude hatte, ärmer werden würde, so sind die Freyburger Einwohner nicht gewillt, sich widerspruchslos in eine solche Umgestaltung des Stadtbildes zu schicken. Man will eine Gemeinschaft bilden, die durch Ausgabe von Anteilscheinen zu je tausend Mark die Mittel aufzubringen versucht, den Käufern die weitbekannte Erholungsstätte wieder abzukaufen, um sie vor dem Eingehen zu bewahren.

:;. **Langensalza**, 11. März. (**Eine neue katholische Kirche**) soll in Langensalza auf dem Platz erbaut werden, auf dem das abgebrannte städtische Waisenhaus stand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200312014/fragment/page=0003

Vermischtes.

Verhaftete Goldaufkäufer. In der letzten Zeit ist es wiederholt gelungen, Goldaufkäufer, die große Mengen gemünzten Geldes ins Ausland zu verschleppen versuchten, festzunehmen. Ein besonders guter Fang gelang der Ueberwachungsbeamtin, Frau Harz, auf dem Schlesischen Bahnhofe in Berlin kurz vor der Abfahrt des Kölner D-Zuges. Der Polizeibeamtin fielen auf dem Bahnhofe fünf Personen auf, die einen schweren Koffer trugen. Sie ließ die Verdächtigen festnehmen. Es stellte sich heraus, daß sich in dem Koffer Gold- und Silbermünzen im hohen Werte befanden. Unter den Goldmünzen befanden sich auch einige, die seinerzeit aus dem Bismarck-Museum in Hohenschönhausen gestohlen sind. Von den Verhafteten stammt einer aus Berlin, die anderen drei sind Kölner Kaufleute.

15 Schüler als Diebesbande. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. verhaftete 15 Schüler, die in einem Hause des Stadtteils Sachsenhausen ein Riesenlager von gestohlenen Arzneimitteln verborgen hielten. Das Lager umfaßte bedeutende Mengen von Morphium, Opium, Salvarsan, Kokain, Aspirin und Quecksilber. Der Wert des Lagers beziffert sich auf Hunderttausende.

Vom Fabrikarbeiter zum Bürgermeister. Zum Zweiten Bürgermeister von Landeshut i. Schl. wurde der frühere Fabrikarbeiter Proll aus Landeshut gewählt. Proll spielte seinerzeit bei dem Lohnkampf der Textilarbeiterschaft eine führende Rolle und war seit dreizehn Jahren Parteisekretär.

80 Gramm Brot den Tag. Im gesegneten niederbayrischen Rottal, einem Dorado der Schleichhändler und Schieber hat als erster unter allen deutschen der Kommunalverband Pfarrkirchen die tägliche Brotration auf 80 Gramm herabgesetzt wegen unzulänglicher Getreideablieferung. Anstatt 50 000 Doppelzentner Getreide sind nur 13 000 Doppelzentner abgeliefert worden.

Eine Kälteweile hat in Frankreich starken Schaden an den Obstbäumen angerichtet, deren Blüte in den meisten Gegenden sehr vorgeschritten war.

Lehrfilme an einer städtischen Jugendbühne. Bei der Eröffnung der städtischen Jugendbühne in Lichtenberg, wurde unter anderm ein Lehrfilm, der große Bienenfilm der „Ufa" vorgeführt. Die Jugendbühne wird diesen Film einstweilen auf dem Spielplan der täglichen Vorführungen behalten und dann durch einen anderen Lehrfilm ersetzen. Diese Form, wissenschaftliche Filme der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen — der Eintritt zu der Jugendbühne steht jedermann gegen einen recht geringen Preis frei — ist aufs freudigste zu begrüßen. Möchte dieses Vorbild von recht vielen Städten nachgeahmt werden!

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Aus dem Krügershall-Konzern.

Der Aufsichtsrat des Kaliwerkes Krügershall A.-G. in Halle schlägt der auf den 30. März einberufenen Generalversammlung eine Dividende von 25 Prozent vor.

Die Gewerkschaft Kaliwerk Salzmünde in Halle verteilt auf den Kux 1500 Mk. Ausbeute.

Die Gewerkschaft Kaliwerk Günthershall in Göllingen am Kyffhäuser bringt eine Ausbeute von 1000 Mk. je Kux zur Ausschüttung.

Um diese Ergebnisse richtig zu bewerten, muß man sich allerdings vergegenwärtigen, daß die Anlagen nach dem Goldwert zu Buche stehen. Auf die Friedensverhältnisse umgerechnet, würde z. B. die Dividende von Krügershall nur etwa 2½ bis vielleicht 5 Prozent bedeuten. Es wäre also trügerisch, zu sagen, daß die Gesellschaft im verflossenen Jahre ein Viertel ihres Aktienkapitals verdient habe. +

Keine Sozialisierung des Mansfelder Bergbaues.

Wie schon kurz mitgeteilt, wurde von unabhängig sozialistischer Seite die Reichsregierung angefragt, ob ihr bekannt sei, daß in dem Mansfelder Kupferschieferbau mit seiner Produktion von Kupfer und Silber ein günstiges Objekt für sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung vorhanden ist, und ob die Reichsregierung jetzt oder später bereit sei, darauf hinzuwirken, daß die erforderlichen gesetzgeberischen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus der Erkenntnis dieser Tatsache gezogen werden, indem sie schleunigst mit der Sozialisierung beginnt.

In seiner Antwort auf diese Anfrage führt der Reichswirtschaftsminister aus, daß die Verhältnisse der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaften wiederholt von den beteiligten Stellen geprüft worden sind. Die Preise und Absatzmöglichkeiten der in dem Bergbau und Hüttenbetrieb erzeugten Metalle, Kupfer und Silber werden von den Weltmarktsverhältnissen dieser Metalle ausschlaggebend beeinflußt. In Friedenszeiten war das Unternehmen daher bei der Gewinnung dieser Metalle kaum in der Lage, eine normale Verzinsung zu erzielen. Die augenblickliche wesentliche Veränderung dieser Lage ist im wesentlichen nur auf den Stand der Valuta zurückzuführen. Es bleibt außerordentlich ungewiß, wie sich in Zukunft bei der Rückkehr normaler Verhältnisse, die Wettbewerbungsmöglichkeiten des Bergbaues und Hüttenbetriebes gestalten werden. Schon unter diesem Gesichtspunkt kann das Unternehmen nicht als ein günstiger Gegenstand der Sozialisierung angesehen werden. Weiter ist jedoch zu beachten, daß die Gewerkschaft neben ihrem Bergbau und Hüttenbetrieb für Kupfer und Silber noch eine Reihe sonstiger Unternehmungen umfaßt, wie beispielsweise die Kupfer- und Messingwerke, einen Zieglereibetrieb; die Beteiligung an einer Silberwarenfabrik, durch die die Gewerkschaft zur Weiterverarbeitung ihres Feinsilbers im eigenen Betriebe übergegangen ist. Nur bei einer zusammenfassenden Beurteilung aller dieser Unternehmungen können jedoch die Aussichten und der Wert der Gewerkschaft beurteilt werden. Es handelt sich um ein weit zergliedertes Unternehmen, das neben der Rohproduktion auch die Halb- und Fertigproduktion umfaßt und das daher für eine Vollsozialisierung gegenwärtig nicht günstig liegt.

Produktenbericht.

Berlin, 11. März. Infolge des anhaltenden Rückganges der ausländischen Devisenkurse hat sich das Angebot auf dem Saatenmarkt verstärkt. Die Verkäufer gingen mit ihren Forderungen weiter herunter, sodaß sich die erzielten Preise wesentlich niedriger als gestern stellten. Auch in Hülsenfrüchten aller Art verstärkte sich die Abgabelust. Doch waren die Käufer wiederum meist zurückhaltend. Ueberall herrschte das Bestreben vor, die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten, sodaß auch nicht amtlich notierte Preise für heute entfallen. Eine Ausnahme von der Massenzufuhr des Marktes bildeten lediglich Stroh und Heu. Wetter schön, aber kühl.

Berlin, 11. März. Amtliche Notizen. (Preis für 1000 Kilogramm in Mark.) Inl. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen 4400; ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestationen 4440 bis 4600 Tendenz matt.

Devisenkurse.

Berlin, 11. März.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Berücksichtigung am vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2472,50	2477,50	2697,00	2703,00
Brüssel-Antwerpen	549,50	550,50	604,40	605,60
Christiania	1223,75	1226,25	1323,50	1326,50
Kopenhagen	1198,75	1201,25	1248,75	1251,25
Stockholm	1448,50	1451,50	1548,50	1551,50
Helsingfors	379,10	379,90	400,10	400,90
Italien	399,60	400,40	399,60	400,40
London	264,70	265,30	279,70	23 ,30
New York	68,90	69,10	74,90	75,10
Paris	544,50	545,50	564,40	565,60
Schweiz	1218,75	1221,25	1273,75	1276,25
Spanien	1258,75	1261,25	1323,75	1326,25
Wien (altes)	34,95	35,04	34,95	35,04
„ (Deutsch-Oest. abgest.)	34,95	35,04	34,95	35,04
Prag	87,90	88,10	84,90	85,10
Budapest	28,47	28,53	27,97	28,03
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. C. Louis Strube A.-G. in Magdeburg-Buckau. Der Aufsichtsrat schlägt 15 Prozent Dividende (wie i. V.) vor.

Zahlungsbedingungen bei Verkäufen nach Nordamerika. Da wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika noch nicht im offiziellen Friedenszustand sind, so kann, wie der „Textil-Woche" von maßgebender Seite mitgeteilt wird, bei Verkäufen nach der Union keine andere Zahlungsweise als in Bankaccreditiv bei Auftragserteilung, Rest vor Warenabgang, in Frage kommen. Ueberhaupt ist bei Verkäufen nach Entente-Staaten zu beachten, daß diese sich im Friedensvertrag das Recht vorbehalten haben, neue Gutbaben zu beschlagnahmen, sodaß ganz allgemein bei der Ausfuhr nach Entente-Staaten jene Zahlungsbedingungen zu empfehlen sind.

Kaliawerkschaft Johanneshall in Bresenstedt. Wie die Gewerkschaft mitteilt, ist das vorjährige Betriebsergebnis sehr befriedigend gewesen, so daß man demnächst mit der Ausschüttung einer Ausbeute rechnen dürfte.

Maschinenfabrik Germania vorm. J. S. Schwalbe & Sohn in Chemnitz. Im abgelaufenen Jahre stieg der Fabrikationsgewinn auf 1 647 720 Mk. (i. V. 1 488 030 Mark); die Zinsen erbrachten 38 138 Mk. (20 558 Mk.) Nach Berücksichtigung der Handlungsunkosten von 618 756 Mk. (359 193 Mk.) und der Abschreibungen von 182 100 Mk. (184 212 Mk.) ergab sich einschließlich 20 359 Mark (20 204 Mk.) Vortrag ein Reingewinn von 905 361 Mark (980 387 Mk.). Trotz des geringeren Reingewinnes wird die Dividende auf 20 Proz. (15 Prozent) erhöht, da die Zuweisung an die Kriegssteuer-Sonderrücklage (i. V. 285 000 Mk.) diesmal in Fortfall kommt. Als Vortrag bleiben 11 968 Mk. In das neue Jahr ist die Gesellschaft mit einem gegen das Vorjahr wesentlich höheren Auftragsbestand eingetreten. Wenn nicht Unvorhergesehenes dazwischen tritt, erwartet die Verwaltung auch für das laufende Jahr eine reichliche und hoffentlich auch befriedigende Beschäftigung.

Breitenburger Portland-Cement-Fabrik A.-G. in Hamburg. Der nächsten Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent (i. V. 5 Proz.) vorgeschlagen werden. Außerdem wird vorgeschlagen, das Aktienkapital um 1¾ auf 5¼ Mill. Mk. zu erhöhen. Die jungen Aktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 125 Proz. angeboten werden.

Braunschweigische Bank- und Creditanstalt. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 29. März stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, von dem ausgewiesenen Gewinn für 1919 im Betrage von 1,881,934 Mk. (i. V. 1 624 531) 7½ Prozent Dividende gegen 6½ Proz. im Vorjahre zur Verteilung zu bringen. Die Rücklagen erfahren einen Zuwachs von 600 000 Mk. (200 000).

Nippon Yusen Kaisha. 1913—1919. Man schreibt uns: Die Entwicklung dieser Gesellschaft war schon vor dem Kriege eine ausgesprochen günstige. Nach Zeitungsberichten, die aus der Feder des Präsidenten Nippon Yusen Kaisha, dem Baron Kondo stammen, beabsichtigt die Gesellschaft bis zum Jahre 1925 69 neue Dampfer mit 515 000 Tonnen Tragfähigkeit zu erbauen. Sie wird damit ihre führende Stellung im ostasiatischen Dienst des Welthandels behaupten können, und daß sie auch finanziell allen Gefahren und Krisen trotzen kann, zeigen die Entwicklungen der Bilanzen in den Kriegsjahren. Nur einige wenige Zahlen aus den Abrechnungen vom 30. September 1918 im Vergleich zu denen vom 30. September 1919 sollen den günstigen Stand zeigen. Aktienkapital (eingezahlt) 1913 22 000 000 Yen, jetzt 58 000 000 Yen. 1913: Abgeschätzter Wert der Dampfer auf die Br. R. T. 100 Yen, ergibt einen Wert von 34 601 700 Yen. 1919: 500 Yen, gleich 219 289 000 Yen. Die Reserven erhöhten sich von 39 892 610 Yen auf 77 037 635 Yen. Außerdem machte die Gesellschaft 1919: 1. Rücklagen für Abschreibungen auf vier angekaufte Dampfer von 5 300 000 Yen. 2. Eine Rücklagen für das Kriegsrisiko und für Abschreibungen auf Neubauten und Ankäufe von 50 849 491 Yen. 3. Eine Rücklage zur Förderung der Ausbildung ihrer Seeleute von 5 000 000 Yen. Die Gesamtreserven der Nippon Yusen Kaisha betrugen demnach am 30. September 1919: 136 187 186 Yen. Die Dividenden in den Jahren 1918 bis 1919 waren wie folgt: 10, 10, 15, 28, 50, 60, 50 Prozent.

Zunahme der Kohlenförderung. Im ganzen Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier ist infolge der Achtstundenschicht eine sehr starke Zunahme der Förderung zu verzeichnen. Die Eisenbahn ist nicht mehr imstande, die geförderten Mengen abzuwaschen. Arbeitsminister Held verhandelt augenblicklich mit der Eisenbahnverwaltung, um eine stärkere Wagengestellung zu erreichen.

Mimosa A.-G. in Dresden. Die Verwaltung schlägt auf das erhöhte Aktienkapital wieder 24 Prozent Dividende vor.

Chemnitzer Bankverein. Das Institut bringt für 1919 eine Dividende von 9 (8) Prozent und eine Kapitalserhöhung von 15 auf 20 Millionen in Vorschlag.

Central Heizung-Werke A.-G. in Hannover-Hainholz. Die Verwaltung schlägt die Verteilung einer Dividende von 7 (14) Prozent vor.

Arenberg'sche A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Der Aufsichtsrat wird für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 15 (wie i. V.) in Vorschlag bringen.

Porzellanfabrik Kahla. Im Geschäftsjahr 1919 betrug der Nutzengewinn 10 974 238 (5 479 782) Mk. Nach Abzug der Unkosten, Steuern usw. und nach Abschreibungen in Höhe von 939 545 (685 760) Mk. beträgt der Ueberschuß 4 152 095 (2 434 168) Mk., aus dem, wie bereits gemeldet, 25 (20) Prozent Dividende zur Ausschüttung gelangen sollen. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung, daß die Nachfrage nach sämtlichen Erzeugnissen sehr groß gewesen sei. Der Mangel an Kohlen jedoch machte eine der Nachfrage entsprechende Steigerung der Produktion unmöglich, sodaß die vorhandenen Aufträge bei weitem nicht ausgeführt werden konnten. Ueber die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr lassen sich jedoch in Anbetracht der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwelche Angaben noch nicht machen. In der Bilanz werden Schulden mit 9 418 335 (3 483 225) Mk. und Gläubiger mit 4 716 943 (340 403) Mk. ausgewiesen.

Hasseröder Papierfabrik A.-G. in Heidenau. Die Verwaltung bringt 20 Prozent Dividende in Vorschlag (i. V. 10 Prozent und 5 Prozent Bonus).

Metallwerke vorm. J. Aders A.-G. in Neustadt-Magdeburg. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (i. V. 6 Prozent und 5 Prozent Bonus) in Vorschlag zu bringen.

Chemische Fabrik Heisenberg A.-G. vorm. Eugen Dieterich. Nach 101 347 (105 514) Mk. Abschreibungen und 74 000 (234 000) Mark Rückstellungen sollen wieder 15 Prozent Dividende verteilt werden.

Ravensberger Spinnerei A.-G. Die Gesellschaft schlägt pro 1919 wieder 8 Prozent Dividende vor.

Portland-Cement-Fabrik Germania in Hannover. Der Aufsichtsrat bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr 12 Prozent Dividende (i. V. 8 Proz.) für die Vorzugs- und 6 Proz. (2 Proz.) für die Stammaktien in Vorschlag.

Die Pfälzische Hypothekenbank in Ludwigshafen am Rhein erzielte 1919 einen Gewinn ausschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre von 2 432 375,68 Mark gegen 3 382 593,32 Mk. im Jahre 1918. Der Aufsichtsrat wird am 23. März d. Js. der Generalversammlung vorschlagen, auf das Aktienkapital von 19 000 000 Mark wieder 9 Proz. Dividende zu verteilen und 315 118,88 M. (gegen 411 526,63 Mark im Vorjahre) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Ilfelder Talbrauerei, der gleichnamigen Aktiengesellschaft gehörig, wurde an eine neugegründete Aktiengesellschaft Dampfsägewerk und Holzgroßhandlung, Talbrauerei Menz & Co. in Ilfeld verkauft, welche darin ein Dampfsägewerk sowie Lebensmittel- und Marmeladefabrik einrichtet.

Chemische Werke vorm. H. & E. Albert in Amöneburg bei Biebrach a. Rh. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 29. d. M. stattfindenden Generalversammlung eine sofort zahlbare Dividende von 30 Proz. in Vorschlag zu bringen. Im Vorjahre wurde 20 Proz. Dividende sowie ein Bonus von 10 Proz. in 5proz. Kriegsanleihe verteilt.

M. & L. Heß, Schuhfabrik, Akt.-Ges., in Erfurt. Das Unternehmen erzielte laut Geschäftsbericht einschließlich Vortrag und Zinsen einen Rohgewinn von 1 514 881 (i. V. 2 323 007) Mark. Die Handlungsunkosten verminderten sich auf 237 906 (609 510) Mark, die Fabrikationsunkosten stiegen auf 290 546 (177 880) Mk. Zu Steuern und Abgaben waren 638 777 (245 860) Mark, an Abschreibungen 31 844 (165 816) Mark aufzuwenden. Aus dem Reingewinn von 305 141 (i. V. 860 288 Mark nach 250 000 Mk. Rücklage für Kriegssteuern) werden 56 271 Mk. der Rückstellung II zugeführt, während der Rest auf neue Rechnung kommt. Eine Dividende wird also nicht verteilt (i. V. 12 Proz.). Zu berücksichtigen ist dabei aber, daß der Betrieb nur ein halbes Jahr für Rechnung der Gesellschaft ging, da er ab 1. April 1919 an die neugegründete Schuhfabrik Heß, Kommanditgesellschaft, in Erfurt übergegangen ist. Das diesmalige Ergebnis wird nun durch die Steuerzahlungen, die für das ganze Jahr zu entrichten waren, stark beeinträchtigt.

Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Annawerk, Schamotte- und Tonwarenfabrik in Oeslau, schlägt der am 19. März 1920 stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 10 Proz. und einen Bonus von 6 Proz. für das Jahr 1919 vor.

Freiberger Bankverein A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (6 Proz.) vor.

Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther in Hohenberg. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Grundkapitals um 2½ Mill. Mark Stammaktien und 1 Mill. Mark 5 proz. Vorzugsaktien. Ein Teil der Stammaktien wird den Aktionären zu 140 Prozent zum Bezuge angeboten werden.

Porzellanfabrik C. Tielsch & Co. in Altwasser i. Schl. Die Verwaltung schlägt die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent (i. V. 10) für das abgelaufene Geschäftsjahr vor.

Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik vormals Duerr & Co., A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 18 Proz. vor, sowie die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,5 auf 3 Mill. Mk. Die neuen vom 1. Januar 1920 ab dividendenberechtigten Aktien werden den alten Aktionären zum Kurse von 130 Proz. im Verhältnis von 1:1 zum Bezuge angeboten werden.

Sartorius-Werke A.-G. in Göttingen. Für das Geschäftsjahr 1918/19 wird eine Dividende von 8 Prozent (i. V. 12 Proz.) in Vorschlag gebracht.

Oberschlesische Portland-Zement- und Kalkwerke A.-G. in Groß-Strehlitz. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung, wie uns durch Privat-Depesche gemeldet wird, 10 Prozent Dividende gegen 8 Prozent im Vorjahr vor.

Wollwarenfabrik „Mercur" in Liegnitz. Der Aufsichtsrat schlägt der auf den 27. März einberufenen Generalversammlung pro 1918/19 die Verteilung von 15 Proz. (i. V. 18 Proz.) Dividende und 50 Mk. (0) Sondervergütung pro Aktie vor.

Erdmannsdorfer A.-G. für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei in Zillerthal i. Schlesien. Der auf den 26. März nach Dresden einberufenen Hauptversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent und die Erhöhung des Aktienkapitals um 700 000 Mk. auf das ursprüngliche Kapital von 4 500 000 Mark vorgeschlagen werden.

Dresdener Nähmaschinenzwirnfabrik A.-G. in Dresden. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, für das Rechnungsjahr 1919 die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent (i. V. 11 Prozent) in Vorschlag zu bringen und den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 Mk. auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung zu setzen.

Chemische Fabrik von Heyden A.-G. in Radebeul b. Dresden. Der am 29. März stattfindenden Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 16 Prozent wie i. V. vorgeschlagen.

Lindener Eisen- und Stahlwerke. Da seitens der Verwaltung ein Dividendenvorschlag für das Jahr 1919 nicht vorlag, setzte die Generalversammlung die Dividende auf 10 Prozent gegen 30 Prozent i. V. fest. Bezüglich der Aussichten erklärte die Verwaltung, daß die Werke auf lange Zeit hinaus mit Aufträgen reichlich versehen seien.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200312014/fragment/page=0004